RHEINBLICK

DIE ZEITUNG DER BONNER SPD. AUSGABE 5, AUGUST 2019

Angelika Esch

KURZINTERVIEW

DER STILLSTAND MUSS EIN ENDE HABEN

Bonn leidet in den letzten 10 Jahren unter der „Regierung Schwarz-Grün und seit 2014 mit Gelb“ unter einem Stillstand in der Stadtentwicklung. Selbst gesteckte Klimaschutzziele gerissen, öffentlicher Personennahverkehr stagniert, es gibt keine Verbesserungen bei Service, Kundenfreundlichkeit und Angebotserweiterung. Hinzu kommt, dass wir nur in einem Bereich Spitzenreiter sind, bei den Ticketpreisen. Die Zahl geförderter Wohnungen geht kontinuierlich zurück, obwohl mehr geförderter Wohnraum geschaffen werden müsste. Es wird Zeit, dass sich das ändert!

WOHNEN IN BONN – EIN LUXUSGUT?

Schon jetzt sind Mieten und Grundstücke zu teuer und die Preise werden weiter steigen. Wir Bonner*innen werden immer mehr: Bis 2040 sollen wir schon 350.000 sein. Wo sollen 30.000 Menschen mehr als heute aber wohnen, wenn Wohnraum längst knapp und teuer ist?

Es ist offensichtlich, dass der Markt allein das Problem nicht lösen wird. Aber was kann Kommunalpolitik zur Lösung beitragen? Enteignungen sind teuer und schaffen keine neuen Wohnungen. Mit dem Beschluss einer Quote für öffentlich geförderte Wohnungen ist der Rat einer Forderung der SPD endlich gefolgt, da Bonn zu wenig Bauland hat, ist eine „Nachverdichtung“ unausweichlich, so die SPD. Das kann beispielsweise durch den Ausbau von Dachgeschossen oder das Aufsetzen zusätzlicher Geschosse auf bestehende Gebäude erfolgen. Angelika Esch, Vorsitzende der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn: „Wir müssen die Wohnungspolitik zur Chefsache machen! Die Arbeit besser koordinieren, Bauprojekte beschleunigen und die Einflussmöglichkeiten der Stadt bei der Vergabe öffentlich geförderter Wohnungen besser nutzen“. Die Stadtentwicklungsgesellschaft muss endlich gegründet werden. Eine solche Gesellschaft hat sich in vielen Städten bewährt. Aufgabe: Vorrat schaffen an für die Stadt verfügbaren Grundstücken und effektive Verwendung von Fördermitteln für Wohnungsbau.

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft Vebowag soll jedes Jahr mindestens 300 Mietwohnungen fertigstellen. Dafür soll die Stadt Grundstücke in Erbpacht zur Verfügung stellen. Außerdem, so Angelika Esch weiter, „müssen wir Wohnungsbau und Stadtentwicklung stärker als bisher zusammenführen um die Lebensqualität für alle Bonnerinnen und Bonner zu steigern“.

Das ABC der SPD zur Wohnungspolitik:

A: Wir brauchen viel mehr Wohnungen mit dauerhaft günstigen Mieten.
B: Wir müssen Mieter*innen vor Preistreiberei schützen und dafür sorgen, dass Wohnungen auch zum Wohnen genutzt werden.
C: Wir müssen verhindern, dass bestehende Wohnungen wie auch Grund und Boden durch Spekulation und Profitmaximierung verteuert werden.

Wem gehört die Stadt? Noch immer befinden sich viele Grundstücke in städtischem Besitz, eine gute Voraussetzung für moderne Stadtentwicklung. Die aber findet in Bonn nicht statt. Entwicklung und Bebauung wird in Bonn privaten Investoren überlassen. Dazu wird städtischer Grund und Boden einfach verkauft. Damit sinkt der Einfluss der Stadt auf die eigene Gestaltung, vor allem auf dem Wohnungsmarkt. Während die Zahl der Menschen wächst, die Anspruch auf eine geförderte Wohnung mit Mietpreisdeckelung haben, sinkt die Zahl solcher Wohnungen in Bonn stetig ab. Das heißt auch, dass die Stadt immer mehr Kosten für die Unterkunft von Bedürftigen auf dem “freien” Wohnungsmarkt aufwenden muss. Der Mangel an öffentlich gefördertem Wohnraum verursacht so der Stadt und somit uns Steuerzahler*innen selbst erhebliche Zusatzkosten. Wenn die Stadt ihre Grundstücke nicht verkauft sondern, wie in vielen Städten und Gemeinden üblich, in Erbpacht vergibt, würde sie mehr Einfluss gewinnen und das städtische Vermögen langfristig erhalten. Die SPD hat diese Art „städtischer Bodenvorratspolitik“ im vergangenen Jahr vorgeschlagen. Die Beratung dieses Antrags wurde von der Ratskoalition vertagt und verschleppt bis CDU, FDP und Grünen einen Antrag beschlossen, der am Verkauf städtischen Bodens weiter festhält. „Selbst die CSU in München hat vor zwei Jahren beschlossen, städtische Grundstücke grundsätzlich nur noch in Erbpacht zu vergeben“, wundert sich Helmut Redeker, planungspolitischer Sprecher der SPD im Rat der Stadt Bonn. „Überall hat man die Zeichen der Zeit erkannt, nicht jedoch unsere Ratsmehrheit, die munter weiter städtische Grundstücke verkauft.“

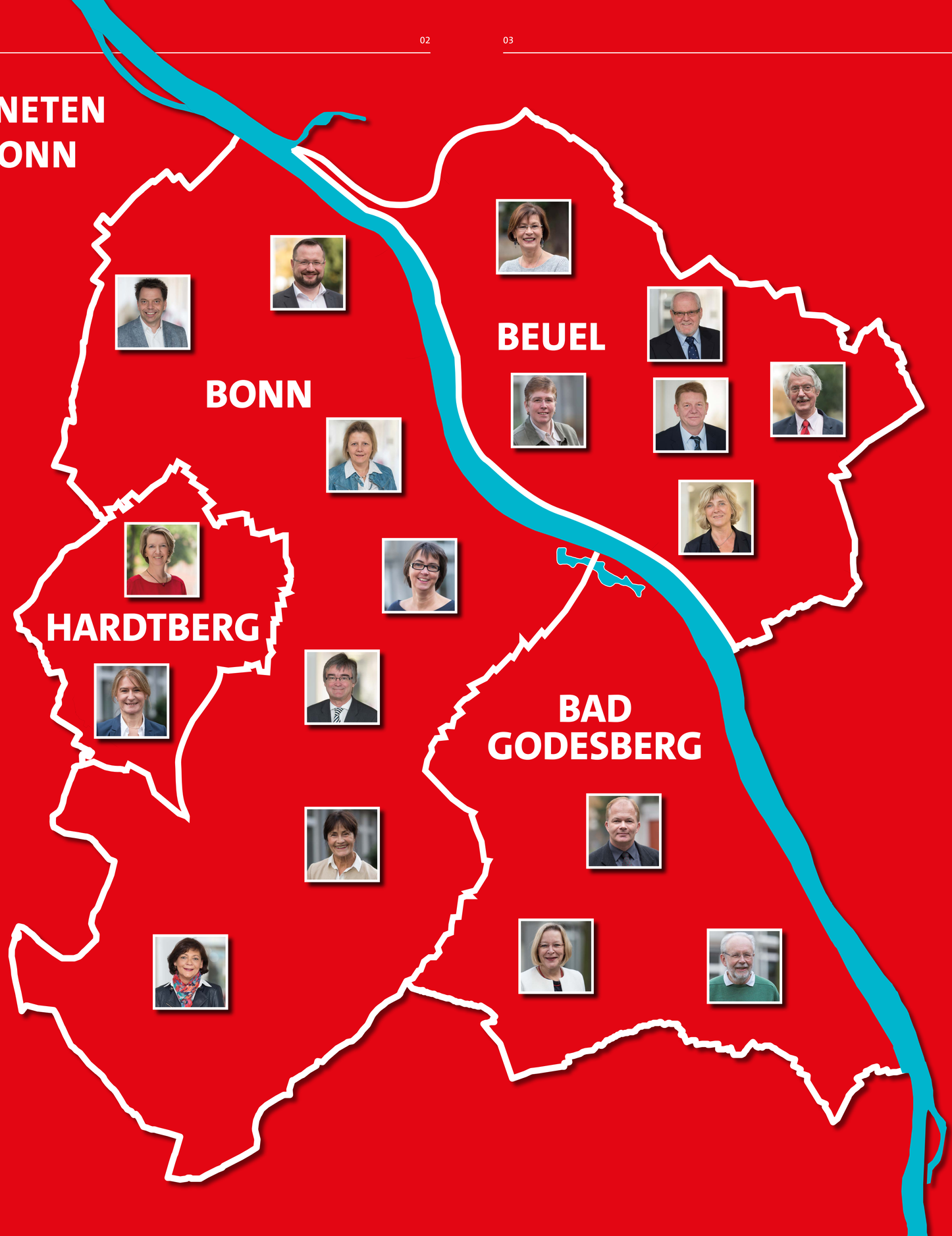
DIE JUGEND NIMMT DIE SACHE IN DIE HAND

Lust auf Politik dank Rezo aus Aachen und fridays for future:

Plötzlich gibt es neue Lust auf politische Diskussion – und neues Vertrauen in unsere Demokratie, die Angriffe von Rechts und die Macht globaler Konzerne mit neuem Schwung abwehren wird – aus dem Internet. Man kann über den Youtuber Rezo und sein Video „Die Zerstörung der CDU“ diskutieren. Man kann Fehler in der Sache suchen – aber man kann nicht behaupten, es sei ohne ernsthaftes Studium und Wissen der politischen Fakten und Ereignisse entstanden. Rezo entzieht gleich vier Parteien seine Unterstützung, nicht aber der Demokratie. Geht wählen, rät er.

Die Schüler*innen, die freitags für eine wirksamere und schnellere Umweltpolitik streiken, richten ihren Zorn nicht gegen Demokratie und Menschenrechte sondern fordern mit demokratischen Mitteln die politische Wende, die sie – völlig zu Recht! – für wichtig halten. Ihre Kritik richtet sich nicht nur an die CDU, das haben wir verstanden. Seit 1998 stellt die SPD jetzt zum dritten Mal eine*n Umweltminister*in. „Klimakanzlerin“ ließ sich Frau Merkel gerne nennen. So komplex die Dinge auch immer sein mögen: es hätte bereits bisher mehr für den Klimaschutz getan werden können und müssen.

IHRE STADTVERORDNETEN IM RAT DER STADT BONN



BONN

stellvertretender Vorsitzender
Dr. Stephan Eickschen

Dransdorf / Lessenich / Meßdorf
Finanzen (Sprecher)
Umwelt (Sprecher)
Rechnungsprüfung

stellvertretender Vorsitzender
Alois Saß

Auerberg / Graurheindorf
Internationales und Wissenschaft (Sprecher)
Finanzen

Stadtverordnete
Elke Apelt

Äußere Nordstadt
Internationales und Wissenschaft (Ausschussvorsitzende)
Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda

Kassiererin
Dörthe Ewald

Poppelsdorf
Kinder, Jugend und Familie (Sprecherin)
Schule
Städtisches Gebäudemanagement

Stadtverordneter
Herbert Spoelgen

Neu-Endenich / Weststadt
Rechnungsprüfung (Ausschussvorsitzender)
Denkmalschutz (Sprecher)

Bürgermeisterin
Gabriele Klingmüller

Venusberg / Ippendorf
Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda (Ausschussvorsitzende)
Umwelt

Stadtverordnete
Elisabeth Zaun

Röttgen / Ückesdorf
Finanzen
Internationales und Wissenschaft
Wirtschaft

HARDTBERG

Stellvertretende Vorsitzende
Gabi Mayer

Duisdorf / Medinghoven
Verkehr (Sprecherin)
Sport (Sprecherin)

Stadtverordnete
Binnaz Öztoprak

Lengsdorf / Brüser Berg
Integrationsrat (Sprecherin)
Bau und Vergabe
Schule
Soziales
Umwelt

BEUEL

Fraktionsvorsitzende
Angelika Esch

Pützchen / Bechlinghoven / Holtorf / Ungarten
Soziales (Ausschussvorsitzende)
Planung

Stadtverordnete
Petra Maur

Schwarzrheindorf / Vilich-Rheindorf / Combahnviertel
Personal (Sprecherin)
Integrationsrat
Soziales
Sport

Geschäftsführerin
Fenja Wittneven-Welter

Küdinghoven / Ramersdorf / Oberkassel
Kultur (Sprecherin)
Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda (Sprecherin)
Sport

Stadtverordneter
Karl-Heinz Post

Holzlar / Hoholz
Finanzen
Internationales und Wissenschaft
Umwelt

Stadtverordneter
Dieter Schaper

Beuel-Süd / Limperich
Wirtschaft (Sprecher)
Städtisches Gebäudemanagement (Sprecher)

Stadtverordneter
Ingo Holdorf

Vilich / Geislar / Vilich-Mülldorf
Bau und Vergabe (Sprecher)
Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda
Rechnungsprüfung
Schule

BAD GODESBERG

stellvertretender Vorsitzender
Dr. Helmut Redeker

Mehlem
Kultur (Ausschussvorsitzender)
Planung (Sprecher)
Finanzen

Stadtverordnete
Gieslint Grenz

Pennenfeld / Lannesdorf
Schule (Sprecherin)
Kinder, Jugend und Familie
Städtisches Gebäudemanagement

Stadtverordneter
Martin Schulz

Heiderhof / Muffendorf
Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda
Kultur

DAS ANTI-STAU-PROGRAMM DER SPD

Statistker haben ausgerechnet, dass man nirgends in NRW länger im Stau steht als in Bonn. Der Verkehrsinfarkt ist fast schon Fakt. Dass die Klimaziele nur mit weniger Autoverkehr erreicht werden, weiß schon jedes Kind. Wir brauchen möglichst schnell Abhilfe.

Alle müssen mehr gegen den Klimawandel tun. Geht es aber um "freie AUTOfahrt für freie Bürger" wird es eng für den Klimaschutz: Autofahren macht ja Spaß (außer im Stau); Autofahren ist oft unvermeidlich (wenn man jottwede wohnt); Autos sind zu teuer (um sie einfach nur zu parken). Aber Autos machen Dreck und inzwischen gibt es einfach zu viele davon. Die Staus morgens und abends beweisen es. Wie bringt man also verstopfte Innenstädte, Klimaschutz und Autofahren zusammen? Die Bonner SPD sagt: „Alternativen zum Auto fördern - Fahrverbote verhindern!" Im Ergebnis wird die Mobilität für alle verbessert und unsere Stadt wird (noch) attraktiver. Es reicht von einer funktionierenden Parkraumbewirtschaftung über ein gutes Park & Ride-System, mehr Personenverkehr auf Schienen und Vorrang für Busse und Bahnen bis natürlich zu mehr Platz für Fahrräder und sicheres Radfahren. Und – nicht zu vergessen - einer Ost-West-Seilbahnverbindung über den Rhein. Der Clou: Es ist möglich, dies alles Zug um Zug zu verwirklichen, ohne die Autofahrer zu gängeln. Am Ende steht schnellere und klimaschonende Mobilität für die ganze Stadt. Dazu hat die SPD im Rat ein ganzes Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen. Leider wurden diese Anträge durch die Koalition nicht beschlossen, sondern durch unzählige Prüfaufträge ersetzt.

Angelika Esch

Fraktionsvorsitzende
Angelika Esch

*An der Situation der Partei gibt es nichts schönzureden. Dabei geht es nicht nur um die Frage des Parteivorsitzes und GroKo ja oder nein, sondern um ein klares Profil, um neue und klare Perspektiven und Antworten. Auf kommunaler Ebene hier vor Ort in Bonn sind wir dabei auf einem guten Weg. Umso wichtiger ist es, dass wir das Vertrauen rechtfertigen, dass die Bonner*innen uns bei der letzten Kommunalwahl geschenkt haben. Bonn städtebaulich, sozial und ökologisch weiter entwickeln und lebenswert gestalten. Daran werden wir weiter arbeiten.*

DER STILLSTAND MUSS EIN ENDE HABEN

Sie sind seit einem halben Jahr Fraktionsvorsitzende der SPD im Bonner Stadtrat. Als Bürgerin hat man den Eindruck, seither ist die SPD deutlich offensiver geworden. Woran liegt das?

Als ich nach dem plötzlichen Tod meiner Vorgängerin Bärbel Richter Fraktionsvorsitzende wurde, waren wir gerade dabei, eine Halbzeitbilanz der Jamaika-Koalition im Rathaus zu ziehen. Und die fiel verheerend aus: Das einzige, was in Bonn wirklich herrscht, ist das Chaos. Ewige Baustellen. Kosten laufen komplett aus dem Ruder. Stillstand in der Verkehrspolitik und auf den Straßen. Kaum Aktivitäten gegen Wohnungsnot und steigende Mieten. CDU, Grüne und FDP ruinieren nicht nur die Finanzen Bonns und die Luft, sondern auch den Ruf dieser wunderschönen Stadt.

Stichwort Wohnen: Was muss Ihrer Ansicht nachgetan werden?

Wir müssen viele, viele Wohnungen bauen. Und zwar die richtigen Wohnungen am richtigen Ort. Richtig meint vor allem, dass die Wohnungen bezahlbar sein müssen. Kein Mensch in Bonn soll mehr als 30 Prozent seines Einkommens für Miete ausgeben. Derzeit ist es bei fast jedem Zweiten aber mehr. Wien mit seinem hohen Anteil an städtischen Wohnungen macht es uns vor: Wenn die Stadt selbst im Besitz von Wohnungen ist, können wir die Mieten beeinflussen. Deshalb müssen wir konsequent Grundstücke ankaufen und dort geförderten Wohnraum schaffen. Wir brauchen in Bonn jedes Jahr mindestens 400 neue geförderte, bezahlbare Wohnungen. Ein Großteil davon muss die städtische Wohnungsbaugesellschaft Vebowag bauen. Bei der können wir die Miethöhe nämlich selbst bestimmen. Nur damit lässt sich verhindern, dass immer mehr Menschen aus der Stadt gedrängt werden, weil sie sich das Wohnen in Bonn nicht mehr leisten können.

Zuletzt machte Bonn Negativschlagzeilen bei den Stickoxiden in der Luft. Während die Stickoxide in den meisten deutschen Städten langsam sinken, steigen sie bei uns kontinuierlich an – obwohl die Grünen in Bonn seit zehn Jahren mit der CDU eine Mehrheit im Rat bilden. Was läuft falsch?

In den letzten fünf Jahren sind viel zu wenige Radwege gebaut worden. Und wir haben nicht ausreichend in den öffentlichen Nahverkehr investiert. Busse und Bahnen, Personal, Infrastruktur, Fahrräder und Ticketpreise – das sind für mich die Stellschrauben für eine erfolgreiche Verkehrswende. Es ist jetzt Zeit, sich zugunsten des öffentlichen Nahverkehrs zu bewegen. Bonn hat neben Hamburg und Köln die teuersten Fahrkarten in ganz Deutschland, hat der ADAC gerade herausgefunden. Das Tagesticket zum Beispiel ist bei uns 70 Prozent teurer als in Stuttgart. Aus diesem Grund haben wir auch gegen eine Erhöhung der Ticketpreise gestimmt. Busse und Bahnen müssen Vorrang haben, auch, aber nicht nur an den Ampeln. Außerdem brauchen wir weitere Busspuren, bessere, sicherere Radwege und mehr Personal für die Überwachung des ruhenden Verkehrs. Und zwar sofort. Die Grünen haben bei dem Thema vollkommen versagt. Das warten muss jetzt ein Ende haben.

Täuscht der Eindruck oder hat sich seit dem Bürgerentscheid zum Zentralbad letztes Jahr wirklich wenig bei den Bädern bewegt?

Gar nichts hat sich bewegt. Obwohl wir einen Plan vorgelegt haben. Die Sanierung des Hardtbergbades zum Beispiel hätte längst beginnen können. Wir bleiben dabei: Jeder Stadtbezirk braucht ein Hallenbad.

Denn hinter der Bäderfrage steht die ganz zentrale Frage, was wir unter einem guten Leben in Bonn verstehen. Und das Leben spielt sich in den Veedeln ab. Wir brauchen dafür wieder mehr bürgernahe, dezentrale Dienstleistungen und Angebote in den Stadtvierteln. Wir müssen uns vor Ort um die Anliegen, Bedürfnisse und auch um die Sorgen der Menschen kümmert. In den Veedeln müssen wir die Menschen abholen und einbeziehen, und zwar kontinuierlich.

Im nächsten Jahr sind Kommunalwahlen. Mit welcher Erwartung gehen Sie in diese Wahl?

Die Fehlentwicklungen der letzten 10 Jahre unter schwarz/grün/gelb müssen gestoppt werden. Wir haben immer höhere Schulden, die Infrastruktur verkommt. Bonn ist Stau-Stadt Nr. 1 in NRW, aber der ÖPNV Ausbau kommt nicht voran und Radwege werden nicht ausgebaut. Wohnen in Bonn können sich immer weniger Menschen leisten und es fehlen Kita- und OGS-Plätze. Wir haben viele gute Vorschläge in allen diesen Bereichen und wir werden die Bonnerinnen und Bonner in den nächsten Monaten von unseren Konzepten zu überzeugen. Wir treten mit der erfahrenen Lissi von Bülow bei der Oberbürgermeisterwahl an und mit einem starken Team für Rat und Bezirksvertretungen. Die Bonnerinnen und Bonner haben das Chaos satt. Ich bin sehr zuversichtlich, dass uns der Wechsel gelingen wird.

KURZINTERVIEW

LISSI VON BÜLOW – OBERBÜRGERMEISTERIN FÜR BONN

Der Vorstand der Bonner SPD schlägt den Mitgliedern vor, die gebürtige Bonnerin Alice, genannt Lissi von Bülow (43), Juristin, Beigeordnete in Bornheim und Mutter von drei Kindern als Kandi-datin für die Oberbürgermeisterwahl 2020 zu nominieren. Der R(h)einblick hat ihr drei Fragen gestellt.

Frau von Bülow, Sie sind zur Kandidatur bereit. Was bewegt Sie, sich als Bonner Oberbürgermeisterin zu bewerben?

Ich habe mich ganz bewusst beruflich für das Arbeiten an besseren Rahmenbedingungen für die Menschen vor Ort, für einen leitenden Job in der Kommunalverwaltung entschieden. Das ist meine Leidenschaft. Bonn ist toll, kann aber weit mehr aus sich machen. Viel zu vieles kommt nicht voran, dieses Hickhack, das Hin- und Her, das nicht-Entscheiden – das ist mir nicht egal. Das möchte ich mit einer besseren Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Politik und Bürgern ändern. Das ist nicht immer einfach, man muss um Lösungen ringen, für gute Ideen werben. Aber die Mühe lohnt sich. Man sieht die unmittelbare Wirkung und das setzt immer wieder neue Kraft frei. Dafür stehe und kandidiere ich.

Wie wollen Sie die Rolle der Oberbürgermeisterin wahrnehmen?

Meiner Meinung nach muss eine OB vieles in sich vereinen, muss Ideengeber, Stratege, Teamführer, Moderator sein. Man muss nach innen und außen offen und empathisch sein und dann strategisch Ziele verfolgen, die Diskussion moderieren und zur Umsetzung bringen.

Wenn Sie drei Wünsche frei hätten als OB, was würden Sie sofort ändern?

Könnte ich zaubern, gäbe es zuerst ausreichend bezahlbare Wohnungen. Ich habe mit meiner Familie selbst jahrelang nach mehr Platz gesucht, unsere drei Kinder hatten am Ende ein Zimmer zusammen. Es ist in den letzten Jahren immer schwieriger geworden und inzwischen mangelt es an allem: kleine Wohnungen für die Jungen, große für Familien und seniorengerechte Wohnungen.

Das ist eine Riesenherausforderung, da würde ich wirklich gerne zaubern können. Auch dass es immer noch nicht genügend Plätze in Kitas und Offenen Ganztagsschulen gibt, ist für jede betroffene Familie ein häufig auch existentielles Problem. Niemand soll mehr zittern müssen, ob es einen Platz für das eigenen Kind gibt. Und mit dem dritten Wunsch würde ich Schulen, Sportstätten Bäder und die Musikschule rasch auf Vordermann bringen. Wir sind eine so wohlhabende Gesellschaft und doch sieht es da, wo insbesondere so viele Kinder und Jugendliche zusammenkommen und die Vereine sich für Sport und Erleben von Gemeinschaft engagieren an vielen Stellen so erbärmlich aus. Das braucht mehr Wertschätzung, das muss sich ändern.

Aber natürlich fallen mir noch viel mehr Wünsche ein, wo dringend etwas zu tun wäre...

Lissi von Bülow

Mehr unter: lissivonbuelow.de

STECKBRIEF

- 43 Jahre
- Alice, genannt „Lissi"
- verheiratet, 3 Kinder (6, 12, 15)
- gebürtige Bonnerin, aufgewachsen im Bonner Süden
- Studium: Jura und Volkswirtschaftslehre in Bonn
- Juristin
- Beigeordnete in Bornheim

Dezernentin für:
Kinder, Jugend, Familien, Schulen, Soziales, Senioren, Integration, Demographie, Weiterbildung

Zuvor:
- Bundesfinanzverwaltung, Bundeszentralamt für Steuern
- Geschäftsführerin für FRÖBEL Rhein-Ruhr gGmbH
- Rechtsanwältin mit Schwerpunkt Gesellschafts-, Erb- und Steuerrecht
- Beratung von Familienunternehmen (INTES und FLICK GOCKE SCHAUMBURG)
- Mitgründerin der Kita Liliput e.V. in Bonn

LERNEN SIE LISSI VON BÜLOW KENNEN!

28.08.2019 – 18:30 Uhr
Ortszentrum Dottendorf
Dottendorfer Str. 37, 53129 Bonn

29.08.2019 – 18:30 Uhr
Stadthalle Bad Godesberg
Koblenzer Straße 80, 53177 Bonn

30.08.2019 – 18:30 Uhr
Rathaus Beuel
Friedrich-Breuer-Str. 65, 53225 Bonn

03.09.2019 – 18:30 Uhr
Migrapolis
Brüdergasse 16-18, 53111 Bonn

04.09.2019 – 18:30 Uhr
Ortsteilzentrum Brüser Berg
Fahrenheitstraße 49, 53125 Bonn

MIT DEN STIMMEN DER BONNER CDU: VRS ERHÖHT PREISE

In einer Sondersitzung am 12. Juli 2019 beschloss die Verbandsversammlung des VRS die geplante Erhöhung mit 27 zu 9 Stimmen. 10 Stimmen wären nötig gewesen, um die Preise konstant zu halten. „Wir sind äußerst knapp gescheitert“, so Gabi Mayer, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion. „Das ist ärgerlich. Aber der Weg ist klar: Weitere Preiserhöhungen wird es nicht geben. allen Beteiligten ist vollkommen bewusst, dass es in zwei Jahren, wenn erneut abgestimmt werden muss, es nicht noch einmal einmal so einen Beschluss geben wird. Mit diesem Wissen können wir positiv nach vorne sehen. Im Übrigen: Wir haben in den letzten neun Monaten eine Debatte angestoßen, die den öffentlichen Personennahverkehr im Rheinland am Ende auf eine ganz neue finanzielle Schiene setzen wird. Wir werden weiter für diesen Weg stehen und für diesen werben.“ Die Fraktionsvorsitzende Angelika Esch ergänzt: „Das Ergebnis wäre anders ausgefallen, wenn auch die christdemokratischen Bonner Mitglieder der Verbandsversammlung gegen die Erhöhung gestimmt hätten. Was umso kritischer ist, da in der letzten Ratssitzung auch die CDU den Klimanotstand für Bonn ausgerufen hat.“ Zudem müssten sich auch Bund und Land stärker an der Finanzierung des ÖPNV beteiligen. „Wir alle wollen die Menschen zum Umstieg vom Auto in Bus und Bahn motivieren. Daher müssen sich auch alle staatlichen Ebenen engagieren und zur Finanzierung beitragen. Der Bund hat mit ‚Lead City‘ einen Anfang gemacht. Das reicht aber noch lange nicht.“

Klimanotstand auch in Bonn

Der Rat der Stadt Bonn hat den Klimanotstand ausgerufen! Seit Monaten ziehen die „Fridays for Future“-Demonstrationen auch durch Bonn. Unter anderem von dieser Gruppe kamen Bürgeranträge zum Klimanotstand, über die der Rat am 4. Juli zu entscheiden hatte und denen er sich mehrheitlich anschloss. Wir setzen damit ein Zeichen, dass auch Bonn die Umsetzung der Ziele des Pariser Abkommens endlich entschlossen angeht. Gerade als UN-Standort für Nachhaltigkeit können und müssen wir noch engagierter gegen die zu langsam fallenden Treibhausgasemissionen vorgehen. Mit diesem Beschluss müssen bei allen zukünftigen Vorhaben der Stadt die Klimaauswirkungen geprüft werden.

IMPRESSUM

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Unterbezirk Bonn
Clemens-August-Str. 64, 53115 Bonn
Tel. 0228 - 249800, Fax 0228 - 2498033
E-Mail: redaktion@spd-bonn.de

Redaktionsadresse: Alexander-Frank Paul (V.i.S.d. § 55 Abs. 2 RStV), Wolfgang Wiemer, Sebastian Welter
Redaktionelle Mitarbeit: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Markt 2, 53111 Bonn
Vorsitzende: Angelika Esch

Layout & Design: SCHWIND’ Agentur für Zukunftskommunikation GmbH, Bonn
Druck: Bechtle Druck und Verlag, Esslingen

Klimaneutral Druckprodukt ClimatePartner.com/12652-1908-1001